Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 127 — Freitag, den 3. Juni 1921 — 49. Jahrgang

Reichstag.

(Sitzung vom 2. Juni.)

Der Ausschuß für Volkswirtschaft hat einen Teil der Anträge zur Erwerbslosenfürsorge erledigt und schlägt eine Entschließung vor, wonach den Erwerbslosen, die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind, von den Gemeinden eine besondere Beihilfe gewährt werden soll, besonders zur Anschaffung von Kleidern und Schuhwaren. Der Ausschuß fordert Berichte über die Lage im Bergbau, in der Exportindustrie, im Baugewerbe, über die Rohstoffversorgung, über den Stand der Beseitigung am Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens und über die Lage der Landwirtschaft, der Düngerbeschaffung und der Oedländereienkultur.

Die Besprechung der Regierungserklärung

Mit der Besprechung verbunden werden die kommunistischen und die unabhängigen Anträge auf Gewährung einer Amnestie und Beseitigung der Sondergerichte.

Abg. Wels (Soz.): Die Annahme des Ultimatums hat die Spannung gelöst, die über der Welt hing. Eine ruhigere Stimmung hat Platz ergriffen. Wir scheinen in eine Periode Verständigung hinübergelangt zu sein. Wie es nach den Deutschnationalen gegangen wäre und wenn wir das Ultimatum abgelehnt hätten, dann wäre Oberschlesien und das Ruhrgebiet verloren gegangen. Die schwankenden Gestalten der Deutschen Volkspartei haben uns um allen Kredit im Auslande gebracht. Eine allgemeine Amnestie ist unmöglich, solange die Kommunisten sich offen für Putschtaktik bekennen. Die geforderten neuen Steuern werden wir genau prüfen. Die Kapitalisten dürfen nicht entschlüpfen. Der Redner richtet scharfe Angriffe gegen die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei. Wer nicht mitarbeiten will im neuen Staat, der soll den Staub von den Füßen schütteln. Wir glauben an eine bessere Zukunft des deutschen Volkes.

Abg. Becker-Arnsberg (Ztr.): Wir wollen alle Opfer bringen, die zur Durchführung des Ultimatums erforderlich sind. Die besitzenden Klassen müssen in erster Linie herangezogen werden. Alle Steuerquellen müssen erschöpft werden. Aus dem Ausbau der Körperschafts- und der Börsensteuer sind größere Beträge zu erzielen. Die Guthaben der neuen Reichen müssen restlos herangezogen werden. Konjunkturgewinne müssen recht kräftig besteuert werden. Die Mahnung zur Sparsamkeit gilt auch für die Parteien. Wir machen das Wettrennen um die Gunst einzelner Bevölkerungskreise nicht mit. Die Ordnung im Lande hat die Regierung aufrecht zu erhalten. Eine allgemeine Amnestie brauchen wir nicht. Oberschlesien muß immer deutsch bleiben.

Abg. Edler v. Braun (Deutschnat.): Von der Regierungserklärung sind wir bitter enttäuscht. Der Reichskanzler hat sich auf Andeutungen und Gemeinplätze beschränkt und nicht gesagt, was die Regierung eigentlich will. Die Regierung muß Mittel und Wege zur Durchführung des Ultimatums finden. Das Ultimatum war unannehmbar. Das hat selbst der Minister Rathenau anerkannt. Der Reichskanzler hat viele Worte gemacht, aber nicht erklärt, wie er sich die Beschaffung der Deckungsmittel denkt. Die Entente will nicht Spiegelwert, sondern Goldwerte und Sachleistungen. Wir denken nicht daran, Steuerzahlungen zu verweigern. Wir glauben nicht, daß das Ultimatum erfüllt werden kann. Daher haben wir die Unterschrift abgelehnt. Wir haben uns durch die Unterzeichnung in eine dauernde Sklaverei begeben. Der Einmarsch in das Ruhrgebiet wird kommen, auch wenn man uns vorher das Hemd ausgezogen hat. Eine Erhöhung der Grundsteuern muß zu einer Preissteigerung aller landwirtschaftlichen Produkte führen. Der Vorschlag der Angleichung der Inlandskohlenpreise an den Auslandspreis und damit die Erschließung neuer Einnahmen erscheint dankbar. Soll die geplante Erhöhung der Besteuerung von Grund und Boden ein Sozialisierungsprogramm sein? Dann müßten wir dieser Regierung schärfsten Kampf ansagen, denn dies würde zum Zusammenbruch unserer gesamten Produktion führen. Die Zwangswirtschaft muß auch in ihren letzten Resten beseitigt werden. Aufhören muß die sinnlose Anwendung des Achtstundentages. Für die Oberschlesier hat die Regierung nur leere Worte gefunden.

Wiederaufbauminister Dr. Rathenau: Mein Arbeitskreis ist so groß, daß ich heute noch kein Programm vorlegen kann. Leicht ist mir der Entschluß nicht geworden, in die Regierung einzutreten. Nicht als Mitglied einer Partei bin ich berufen worden. Ich werde den Aufgabenkreis daher so unpolitisch wie nur möglich verwalten. Ich bin kein Anhänger der Kriegswirtschaft oder der Zwangswirtschaft, ich war auch nicht der Schöpfer der Kriegswirtschaft, sondern der Kriegrohstoffverteilung, ohne deren Organisation der Krieg nicht zu Ende zu führen gewesen wäre. Von meinem Arbeitsgebiet soll alles fern gehalten werden, was an Schiebungen und Reparationsgewinnereien erinnert. Ich bin in das Kabinett eingetreten, weil es ein Kabinett der Versöhnung sein soll. Wir müssen endlich Wege finden, die uns mit der Welt wieder zusammenbringen. Auch Frankreich will den Wiederaufbau. Es hat außerordentlich schwer unter dem Kriege gelitten. 3,3 Millionen Hektar seines Landes sind zerstört, 370 000 Häuser beschädigt, 300 000 vollkommen vernichtet. Es hat eine Passivität der Handelsbilanz von 13 Milliarden Mark. Es ist dem französischen Wiederaufbauministeriam gelungen, von den Lokalbahnen 60 % wiederherzustellen, von der Landwirtschaft 50 %, von den Fabriken 30—40 %, von den Bergwerken 6 %, von den Häusern nur 20 %. In Frankreich besteht auch der Wille, den Wiederaufbau mit uns zu betreiben. Die Bedingungen des Ultimatums sind erfüllbar, wenn wir wollen. (Widerspruch rechts.) Ich erbitte Ihre Mithilfe nicht für den Mann, sondern für das Werk. (Beifall.)

Reichskanzler Dr. Wirth wendet sich gegen den Abgeordneten Braun, der ihm Pflichtverletzung vorgeworfen habe, weil er die bayrische Anschauung über die Einwohnerwehren bei den Alliierten nicht unterstützt habe. Die Auflösung der Wehren sei unzweideutig gefordert. Der Reichskanzler teilt dann mit, daß gegen den Redner bei der Klagerkfeier ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden sei. — Abg. Henke (Unabh.) fordert die Regierung zu scharfen Maßnahmen gegen Bayern auf. Wir stehen der Reichsregierung mit dem größten Mißtrauen und Abwarten gegenüber.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr: Interpellation Stresemann über den Fortbestand der Sanktionen trotz der Annahme des Ultimatums. Weiterberatung.

Preußischer Landtag.

(Sitzung vom 2. Juni.)

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung über den Staatshaushaltsplan 1921.

Finanzminister Saemisch leitet seine Etatsrede mit der Mitteilung ein, daß der neue Haushaltsplan mit einem sehr erheblichen Fehlbetrag, über 2,3 Milliarden abschließe. Nur die Steigerung unserer Produktion und die Einschränkung unserer Ausgaben kann uns helfen. Mit den Zoll- und Steuermaßnahmen muß auf eine Einschränkung des Verbrauches hingewirkt werden. Der Entwurf schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 16,7 Milliarden ab. Gegenüber dem Vorjahre haben sich die Ausgaben um rund 7,1 Milliarden, die Einnahmen um rund 4,8 Milliarden gesteigert. Von den Mehrausgaben entfallen 100 Millionen auf die Erwerbslosenfürsorge, 25 Millionen auf die Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten im besetzten Gebiet, 17 Millionen auf den Unterhaltungszuschuß für die Beamten im Vorbereitungsdienst, 18 Mill. auf die Fortbildungsschulen. Die Mehreinnahmen haben damit nicht gleichen Schritt gehalten. Der Anteil Preußens an den Reichssteuern hat sich um 194 Millionen gesteigert. Erhöht haben sich die Ueberschüsse der Domänen, der Lotterien und der Porzellanmanufaktur. Dagegen sind die Einnahmen der Forstverwaltung um 324 Millionen geringer veranschlagt. Daß der Staatshaushaltsplan trotz aller Einschränkungen wieder mit einem großen Fehlbetrage abschließt, beweist, daß es sich hier um eine dauernd vorhandene Lücke in unserem Haushalt handelt. Zur Deckung sieht der Haushaltsplan vor: 360 Millionen an neuen Steuern. Im Augenblick bin ich nicht in der Lage, ein klar umrissenes Steuerprogramm vorzulegen. Ich unterstütze alle Bestrebungen zur Förderung äußerster Sparsamkeit, besonders durch Vereinfachung der Verwaltung unter möglichster Einschränkung der Beamten- und Angestelltenzahl, Preußen ist durch die Folgen des Krieges am meisten in Mitleidenschaft gezogen worden. Oberschlesien kann nur im unmittelbaren und unmittelbaren Zusammenhang mit Preußen-Deutschland wirtschaftlich gedeihen. Daß in dieser Frage sich die weltgeschichtliche Gerechtigkeit durchsetzen wird, ist die Voraussetzung, an die wir den Glauben an den Wiederaufstieg Preußens aus dem Elend der Gegenwart knüpfen.

Es folgt die Beratung des Antrages auf Erteilung der Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Scholem wegen Hochverrats. Verbunden wird damit die Beratung über die Sondergerichte.

Abg. Ruschke (Dem.): Der Ausschuß hat sich für die Genehmigung der Verfolgung des Abgeordneten Scholem ausgesprochen. — Abg. Berndt (Dem.) berichtet über die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge wegen der Sondergerichte. Der Ausschuß ist für Ablehnung und für eine Entscheidung, daß bei der demnächstigen Reform des Strafverfahrens eine einheitliche Regelung erfolgen soll. — Abg. Eberlein (Komm.): Was der Abgeordnete Scholem getan haben soll, kann nur als ein politisches Verbrechen angesehen werden. Deshalb darf die Immunität nicht aufgehoben werden. Beim Kapputsch ist man ganz anders verfahren. Kein einziger Kapp-Verbrecher ist gefaßt worden. Was hat Scholem denn verbrochen? Er hat nur den Arbeitern den rechten Weg gezeigt. Es war seine Pflicht, sie zur Abwehr gegen die Regierung aufzufordern. — Abg. Beyer-Oberschlesien (Zentr.): Es handelt sich hier nicht um ein politisches Delikt. Die Verantwortung, die zivilrechtliche wie die strafrechtliche für seine blutrünstigen Artikel muß Herr Scholem tragen. Wir sind für Annahme des Antrages der Kommission. (Beifall rechts, Pfuirufe bei den Kommunisten.)

Abg. Stendel (D. Vp.): Die Gewährung der Immunität im vorliegenden Falle würde den Bestand des Staates gefährden. Es liegt ein politisches Delikt in Verbindung mit gemeinen Verbrechen vor. — Abg. Keilmann (Soz.): Der heutige Landtag ist zu einem objektiven Urteil nicht fähig. Im Reichstag hat man eine andere Entscheidung gewählt. Beim Kapp-Putsch war man nicht so schnell bei der Hand mit den Sondergerichten. Im Falle Scholem ist Herr Stendel gegen die Immunität, im Falle Kessel hat er für alle Abgeordneten unterschiedslos die Immunität gefordert. Meine Partei wird jedenfalls die parlamentarische Immunität achten. — Abg. Rippel (Deutschnatl.): Für die Beibehaltung der Immunität Kessels haben wir nicht gestimmt, lediglich für die Zurückweisung an die Kommission. Im Falle Scholem liegt aber Hochverrat vor. Die Herren Kommunisten legen es darauf an, die Sondergerichte zu beseitigen, aber Sonderrechte für sich zu beanspruchen. Mit Recht fordert die unabhängige Presse die Bestrafung der kommunistischen Drahtzieher. Wir müssen verhindern, daß das Parlament eine Freistatt für Verbrecher wird. — Abg. Dr. Cohn (Unabh.): Gerade im Hinblick auf den Fall Scholem fordern wir erneut: Nieder mit der Schandjustiz! Amnestie für ihre Opfer! — Abg. Kochmann (Dem.): Da das politische Deikt in Verbindung mit gemeinen Verbrechen steht, stimmen wir dem Antrage auf Aufhebung der Immunität zu. — Abg. Meyer-Ostpreußen (V. K. P.): Ich stelle fest, daß der Abg. Engberding erklärt hatte, es müsse sich doch das Geld zusammenbringen lassen, um den Abg. Eberlein aus der Welt zu schaffen. (Gelächter rechts.) — Abg. Engberding (D. Vp.): Ich erkläre, Herr Eberlein nutzt unserer Partei viel mehr, wenn er auf seinem Posten bleibt. (Sehr gut! rechts.) Bei einer Unterhaltung in Hannover habe ich ganz allgemein gesagt, der Teufel müsse doch seine Hand im Spiele haben, wenn man den Abgeordneten Eberlein nicht beseitigen könne.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag des Rechtsausschusses auf Ablehnung des Antrages Dr. Meyer-Ostpreußen (V. K. P. D.) auf Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Ausnahmegerichte und der Antrag Siering (Soz.) über die Sondergerichte wird gegen die sozialdemokratischen Gruppen angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird sodann der Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Scholem mit 189 gegen 123 Stimmen angenommen. (Minutenlanger tosender Lärm bei den Kommunisten.)

Montag: Etat.

Zur Rede des Reichskanzlers.

Von besonderem Interesse ist, was der Vorwärts über die Erhöhung der indirekten Steuern sagt:

Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der glaubt, daß die ins Abenteuerliche gesteigerten Ausgaben des Reiches von den Reichen allein bezahlt oder ausschließlich aus direkten Steuern bestritten werden könnten. Auch wenn aller persönlicher Reichtum durch Steuern vernichtet werden würde, bliebe doch die Tatsache bestehen, daß nur aus der Arbeit, die allein Werte schafft, die zur Deckung der Reichsverpflichtungen notwendigen dauernden Einnahmen fließen können. Die direkten Steuern auf mittlere und kleine Einnahmen lassen sich nicht bis ins unendliche erhöhen, und so bleibt als letztes Mittel in der Tat kein andres übrig, als eine scharfe Erhöhung der indirekten Steuern auch auf den bescheidensten Massenluxus, ja zu allerletzt auf den lebensnotwendigen Massenbedarf selbst. Die Erkenntnis dieser harten Tatsachen den Massen zu vermitteln, wird aber erst dann möglich, wenn die bürgerlichen Koalitionsgenossen begreifen, daß die besitzenden Schichten unter solch verzweifelten Umständen kein Uebermaß zartfühlender Schonung beanspruchen dürfen. Wir glauben, daß diese Einsicht teilweise schon vorhanden ist, sie muß aber ganz vorhanden sein.

Der Kampf für alte deutsche Handelsflagge.

(TU) Gestern nachmittag waren die Vertreter der am Verkehr mit dem Ausland beteiligten deutschen Verbände in der Hamburger Börse zusammengetreten, um in letzter Stunde beim Reichstag dahin vorstellig zu werden, daß er durch Einwirkung auf den Reichspräsidenten die alte deutsche Handelsflagge erhalten lasse. Die Versammlung wurde mit dem Hinweis darauf eröffnet, daß die Politik ausgeschaltet und nur die wirtschaftliche Bedeutung der Frage erörtert werden soll. Es wurde einstimmig folgender Beschluß befaßt: Die Vertreter aller mit dem Auslande verkehrender Berufskreise richten hiermit an den deutschen Reichstag die dringende Bitte, dafür einzutreten, daß 1. Artikel 3, Absatz 2 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 wie folgt geändert wird: Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot, 2. an den Präsidenten des Reiches das dringende Ersuchen gerichtet wird das Inkrafttreten der Verordnung vom 11. April 1921, soweit sie sich auf die Handelsflagge bezieht, bis auf weiteres auszusetzen.

Die Lage in Oberschlesien

hat eine wesentliche Aenderung nicht erfahren. Die schweren Ausschreitungen der Insurgenten im Kreise Rosenberg dauern an. Meldungen über die Fortsetzung des zum Stillstand gekommenen Vormarsches der englischen Truppen in der Gegend von Groß-Strehlitz liegen noch nicht vor. — Der deutsche Bevollmächtigte in Oppeln ist erneut bei der interalliierten Kommission wegen der Verschleppung des Abg. Hartmann durch die Polen vorstellig geworden. Die interalliierte Kommission hat dem Grafen Praschma mitgeteilt, daß sofort Nachforschungen eingeleitet seien, die würde, sobald wie irgend möglich, von dem Ergebnis der zur Freilassung eingeleiteten Schritte Kenntnis gegeben werden. Der deutsche Bevollmächtigte ist angewiesen, nachdrücklich die sofortige Freilassung des Abg. Hartmann weiter zu betreiben.

Die Meldungen über die Fortsetzung des Vormarsches der Engländer auf Groß-Strehlitz scheinen durchweg aus einer und derselben Quelle zu stammen und bewahrheiten sich nicht. Gestern mittag hielten die Engländer immer noch mit ihrer ganzen Truppenmacht auf halbem Wege bei Groß-Stubendorf. Die Polen haben sich an dieser Stelle gänzlich zurückgezogen, während sie den deutschen Grenzschutz im Norden und Süden des Aufstandsgebietes in der heutigen Nacht wiederholt angriffen. Nach guten Informationen wünscht die Engländer die Verhängung des Kriegszustandes über Oberschlesien. General Perond widersetzt sich diesem Antrag und erreichte dadurch, daß militärische Maßnahmen nur möglich sind, wenn die Interalliierte Kommission und außerdem der Oberkommandierende der alliierten Truppen sie anordnen bezw. billigen.

Das Urteil im 3. Kriegsbeschuldigten Prozeß.

Im 3. Kriegsbeschuldigtenprozeß wurde gestern mittag vom Reichsgericht in Leipzig das Urteil verkündigt. Der Angeklagte, Arbeiter Robert Neumann, wurde wegen Mißhandlung Untergebener in 11 Fällen, wegen Beleidigung in einem Falle zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, in den übrigen Fällen freigesprochen. Die erlittene Untersuchungshaft wird auf die Strafe angerechnet. Die Kosten trägt teils der Angeklagte, teils die Staatskasse. In der Begründung wird u. a. gesagt, daß der Angeklagte ein pflichtgetreuer Soldat war, der den Dienst über alles setzte. In vielen Fällen habe er jedoch seine Befugnisse überschritten, weshalb eine Bestrafung erfolgen mußte.

Tagesereignisse.

— **(Abkommen der Regierungsparteien über das Vertrauensvotum.)** Die Regierungsparteien des Reichstages sind endgültig dahin übereingekommen, ein möglichst weit gefaßtes Vertrauensvotum einzubringen, das auch den außerhalb der Koalition stehenden Fraktionen annehmbar erscheinen könnte.

— **Vom Verbandstag der deutschen Bergarbeiter** wurden die Streik-Gemaßregelten-, Arbeitslosen-, die Kranken- und die Sterbeunterstützungen ganz wesentlich erhöht. So werden künftig z. B. Streikgelder bis zu 96 Mark die Woche bezahlt, wozu noch besondere Zuschüsse für Ehefrau und Kinder kommen.

— **(Der Prozeß wegen der Versenkung des Lazarettschiffes.)** Die Hauptverhandlung im Prozeß gegen den Kapitänleutnant a. D. Karl Neumann, den Kommandanten des U-Bootes „U 67", wegen Versenkung eines Lazarettschiffes wird am Sonnabend vormittag 9 Uhr vor dem Reichsgericht beginnen. Die Verteidigung des Angeklagten liegt in den Händen des Leipziger Rechtsanwalts Dr. Hahnemann. Eine Zeugenvernehmung ist nicht in Aussicht genommen.

— **(Verurteilte Millionenbetrüger.)** Vor dem Magdeburger Landgericht fand ein Prozeß gegen 5 Kaufleute statt. Es handelte sich um ein Wertobjekt von über 70 Millionen Mark, darunter Zehntausende von Militärstiefeln, wollenen Decken, Stahlhelmen usw., die in Berlin-Magdeburg verschoben worden sind. Der Berliner Kaufmann Rabe erhielt 4 Monate Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe, die Berliner Kaufleute Gaehme und Ramin je 2 Monate Gefängnis und 25 000 Mark Geldstrafe und die beiden Magdeburger Kaufleute Warmstädt und Schmitz je 2 Jahre Gefängnis.

— **Kommunist Jung in Holland verhaftet.** Der kommunistische Schriftsteller Franz Jung, der von den deutschen Behörden wegen Schiffsraubes steckbrieflich verfolgt wurde, ist in Breda in Holland verhaftet worden. Das Hamburger Ausnahmegericht hat den Antrag auf Auslieferung an die holländische Regierung gestellt. Jung hatte vor mehreren Monaten den Hamburger Dampfer „Senator Schröder" entführt, um ihn nach Sowjetrußland zu bringen.

Westfalen und Rheinland.

Die neue preußische Städteordnung.

Kamen, 3. Juni. Im preußischen Ministerium des Innern beschäftigt man sich schon seit längerer Zeit mit dem Entwurf einer neuen preußischen Städteordnung. Es sind schon Bruchstücke desselben in die Oeffentlichkeit gedrungen, die viel Widerspruch fanden. Der Entwurf ist nun nochmals durchgearbeitet worden und soll nächstens dem Landtag zugehen. Vorerst ist er noch einer Anzahl Sachverständigen zur Begutachtung unterbreitet worden. Nachstehend sei das Wichtigste daraus mitgeteilt.

Nach § 1 ist jede Stadt eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. Städte sind die Gemeinden, die nach der bisherigen Städteordnung das Stadtrecht besessen haben. Das Bürgerrechtsgeld wird abgeschafft; das Bürgerrecht besitzt jeder, der das preußische Wahlrecht hat und seit sechs Monaten Einwohner der Stadt ist. Wählbar zum Stadtverordneten ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat. Die Wahlzeit dauert vier Jahre.

Nach § 16 sind die Organe der Stadt die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat (Magistratsverfassung) oder die Stadtverordnetenversammlung und der Bürgermeister (Bürgermeisterverfassung). Nach § 37 kann jede Stadt durch Ortssatzung die Einführung der Magistratsverfassung oder der Bürgermeisterverfassung beschließen. Bis zum Erlaß dieser Ortssatzung bleibt die bisherige Verfassung bestehen. Der Magistrat ist ein Kollegium, der Bürgermeister sein Vorsitzender. In Städten mit Bürgermeisterverfassung tritt der Bürgermeister an die Stelle des Magistrats. Er führt die sonst dem Magistrat obliegenden Geschäfte allein. Er wird unterstützt durch die Beigeordneten, deren Geschäfte er bestimmt.

Wenn in Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern der Bürgermeister die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst nicht besitzt, muß ein besoldeter Beigeordneter sie haben. Städte mit mehr als 30 000 Einwohnern haben einen „Oberbürgermeister" und einen Bürgermeister. Durch Ortsstatut kann bestimmt werden, daß die Wahl des Bürgermeisters und alle Beigeordneten nicht durch die Stadtverordneten, sondern unmittelbar durch die Bürgerschaft geschieht. Die Wahl hat sodann geheim usw. zu sein. Die Wählbarkeit zum Bürgermeister und Beigeordneten unterliegt keiner Beschränkung. In Städten mit Magistratsverfassung dürfen die Magistratsmitglieder nicht gleichzeitig Stadtverordnete sein.

Beschlüssen der Organe, die mit dem Staatswohl oder Gemeindeinteresse in Widerspruch stehen, hat der Bürgermeister die Ausführung zu versagen, wenn keine Einigung erzielt wird. Wie bisher, können Ausschüsse und Deputationen eingesetzt werden. Jeder Bürger ist verpflichtet, kommunale Ehrenämter anzunehmen. In Städten mit Magistratsverfassung können gemeinschaftliche Sitzungen der Stadtverordnungen mit dem Magistrat stattfinden. Der „Gemeindebeschluß" kommt in Städten mit Magistratsverfassung durch übereinstimmenden Beschluß der Stadtverordneten mit dem Magistrat, in Städten mit Bürgermeisterverfassung durch Beschluß der Stadtverordneten zustande. Die Stadtverordnetenversammlung kontrolliert die Verwaltung. Sie kann Einsicht in die Akten nehmen. Das erfolgt durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung hat der Magistrat, in Städten mit Bürgermeisterverfassung der Bürgermeister durchzuführen.

Die Bürgermeister und Beigeordneten bedürfen der Bestätigung. Diese erfolgt bei Bürgermeistern in Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern durch die Staatsregierung, sonst durch die Aufsichtsbehörde. Gegen die Versagung der Bestätigung sind eine Reihe von Maßnahmen (Beschwerden usw.) zulässig. Nach § 95 ist vor der Ausführung einer Reihe bestimmter Beschlüsse der Aufsichtsbehörde Kenntnis zu geben, z. B. bei Abänderung der Ortssatzung, Einführung von Abgaben, Aufnahme von Anleihen usw. Nach § 97 kann gegen Bürgermeister, Beigeordnete und Beamte das Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Dieses richtet sich bis zur Neuregelung des Beamtenrechts nach dem Gesetz vom 21. Juli 1852. Aufsichtsbehörde ist bei Städten mit mehr wie 25 000 Einwohnern der Regierungspräsident, sonst der Landrat. Alle bisherigen Ortsgesetze und Gemeindebeschlüsse bleiben bis zu ihrer formgerechten Aenderung bestehen.

Die Wahlzeit der im Amte befindlichen Bürgermeister und Beigeordneten erlischt vier Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes. Neuwahlen sind rechtzeitig vorzunehmen. Die ausscheidenden Beamten führen die Geschäfte bis zur Einführung der Neugewählten weiter. Wird ein Bürgermeister oder Beigeordneter nicht wiedergewählt, oder lehnt er eine Wiederwahl berechtigterweise ab, oder wird er wegen erhobenen Einspruchs nicht wieder bestellt, so hat er, falls nicht mit ihm Günstigeres vereinbart ist, für den Rest der laufenden Wahlzeit Anspruch auf das festgesetzte „Diensteinkommen" und demnächst auf Zahlung des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenversorgung nach den Beträgen, die ihm am Ende der Wahlzeit zugestanden haben würden. Bei lebenslänglich angestellten Bürgermeistern und Beigeordneten gilt als Ablauf der Wahlzeit das 65. Lebensjahr. Die besoldeten Magistratsmitglieder werden nach Mehrheitsbeschlüssen, die unbesoldeten nach dem Verhältnisverfahren gewählt.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung finden auf Grund des neuen Gesetzes zum erstenmal innerhalb drei Monaten nach seinem Inkrafttreten statt. Bis zum Amtsantritt der neuen bleiben die alten Stadtverordneten im Amte. Die Mindestzahl der Stadtverordneten eines Kollegiums ist zwölf. Bei den Vorschriften, die hier nicht besonders hervorgehoben sind, bleibt es im großen und ganzen bei den bestehenden Einrichtungen. Die gesetzgeberischen Beratungen, namentlich im Landtag, werden wahrscheinlich an manchen Vorschlägen des Entwurfs noch recht abweichende Aenderungen vornehmen.

*

Kamen, 3. Juni. **(Verschiedenes.)** In der Woche vom 15. bis 21. Mai wurden im Landkreise Hamm u. a. folgende Fälle von **ansteckenden Krankheiten** gemeldet: Es erkrankten an Unterleibstyphus 1 in Kamen. — Es starben an Lungen- und Kehlkopftuberkulose je 1 in Kamen, Unna, Billmerich, Wistig, Stockum und Lünern.

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen:

für	am 31. Mai	am 17. Mai	am 2. Mai
Holland 100 Fl.	2166 Mk.	2100 Mk.	228 5 Mk.
Schweden 100 Kr.	1443 „	1377 „	1530 „
Schweiz 100 Fr.	1100 „	1042 „	1145 „
Frankreich 100 Fr.	520 „	493 „	502 „
England 1 Pfd. St.	244 „	233 „	250 „
Amerika 1 Dollar	63,20 „	58,20 „	65,10 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar 1920 erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in der Schweiz 1800 Mark für je 100 Gulden bezw. Kronen oder Franken, in England 350,65 für 1 Pfd. St. und in Amerika 103,65 für 1 Dollar bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark nach langem Tiefstand am 26. Mai 1920 in Holland 1200, Schweden 720, und Schweiz 625.)

(Blumenfeitzug am Wohlfahrtstag.) Unter der Jugend da wispert es. Unter den Mädchen und Knaben ist ein fröhliches Raunen, eine große Vorfreude. Sie dürfen dazu beitragen, für die Bedürftigen zu sorgen, damit deren Sorgenlast etwas leichter wird. Und es ist keine mühevolle Arbeit, die das vollbringen soll, sondern die eigene Lust und Freude kann diesesmal so viel Schönes für alle schaffen. Indem das Mädchen sich ihr weißes Kleidchen richtet, ihr Kränzchen windet, indem der Knabe sich als Bauer, Bäcker, Matrose oder was er sonst darstellen will, anzieht, damit hat er schon so viel Liebes und Erfreuliches getan, denn er tut es mit dem festen Willen, teilzuhaben an den Sorgen anderer. Das macht ja das Fest zu einem erfreulichen und erzieherisch wertvollen Werk für unsere Einwohnerschaft. Es schafft das Gefühl der Zusammengehörigkeit in diesen furchtbaren Tagen unseres nationalen Unglücks. Es soll und wird sich kein Stand, keine Partei ausschließen an diesem Fest für die Armen und Kranken. Die Kinder gehen jetzt schon den Großen voran in Eintracht und Freundschaft, das Ihre zu tun, um Freude und Lebendigkeit hereinzubringen. Es ist zu amüsant, die Kinder selbst sprechen zu hören. Die Herzenswünsche, die Begabung, die Tagträume, alles das steigt an die Oberfläche. Was willst du im Festzuge darstellen? Diese brennende Frage beschäftigt alle Kinderherzen. Und die Antworten sind oft köstlich. Ein richtiger kleiner Dreckspatz antwortete trotz seiner nackten, herzlich schmutzigen Füße: „Königstochter"! Eine Knabe begeistert: „Gänse!" Eine niedliche Kleine gibt auf die Frage nach ihrem Alter leise die Antwort: „Ich bin acht!", und auf die folgende Frage: „Was willst du werden?" kommt die Antwort: „Neun!" Hoffame ist ein sehr begehrtes Amt. Vergißmeinnicht und Dornröschen, Sternkaier und Zigeunerin, Bäuerin und Veilchen, Dirndl und Kranzträgerin, o, wer kann alle aufzählen? Und man darf es auch gar nicht, sonst ist ja die Ueberraschung nicht groß genug. Daß der Zug schön, bunt und reich wird, dafür garantiert schon die, das fünfte Hundert bald erreicht habende Zahl der Meldungen und es läuft noch täglich von neuem. Nun muß nur der Himmel uns gnädig sein und so herzlich über die Kinder lachen, wie es jetzt schon alle, die mit ihnen zu tun haben, voller Freude tun. Das wird der Kinderfestzug in den Annalen der Kamener Geschichte durch einem goldenen Strich hervorgehoben werden.

(Stadtwohlfahrtsamt.) Im Monat Mai wurden uns zu Gunsten des Altersheims von Herrn Schiedsmann Lohmann-Kamen aus Schiedssachen 20 Mark überwiesen.

Die Bismarckfeier auf Hohensyburg findet diesem Jahre am Samstag, den 25. Juni statt. Die Feier wird besonders eindrucksvoll gestaltet werden in Erinnerung an die Reichsgründung vor 50 Jahren. Die Bismarckrede am Denkmal wird Abg. Gymnasialdirektor Dr. Boelitz-Soest halten.

Regimentstage, das heißt Versammlungen der Kriegskameraden der früheren Regimenter in den alten Garnisonen, sollen in diesem Jahre in sehr großer Zahl stattfinden. Es ist auch damit schon begonnen worden, und die Zahl der Teilnehmer an diesem freudig-wehmütigen Wiedersehen ist eine recht stattliche gewesen. Die Entente hat die alte schöne Armee unterdrückt, aber den Geist der Kameradschaftlichkeit und der militärischen Ehre hat sie doch nicht beseitigen können. Der lebt auch trotz aller inneren politischen Meinungsverschiedenheiten auf, wenn Offiziere und Mannschaften sich wiedersehen. Die Erinnerung an die gemeinsamen Ruhmestaten und Strapazen ist und bleibt unvergänglich. Darum sind auch diese Tage Werktage zum deutschen Wiederaufbau, denn mancher Offizier und mancher Soldat steht im Getriebe des bürgerlichen Arbeitslebens in Stadt und Land.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird die Verordnung, wonach zum **Aufkauf von Kartoffeln eine besondere Erlaubnis** nötig ist, mit dem 1. Juni außer Kraft treten.

(Streik und Kündigungsrecht.) Darüber, daß die Teilnahme an sogenannten wilden Streiks den Arbeitgeber zur fristlosen Entlassung der beteiligten Arbeiter gemäß § 123 Ziffer 3 der Gewerbeordnung berechtigt, sind bisher Zweifel nicht erhoben worden. Weniger geklärt war die Frage, ob auch die Teilnahme an einem von den Gewerkschaften proklamierten Streik dem Arbeitgeber ein Recht zur sofortigen Entlassung gäbe. Auch diese Frage muß jetzt bejaht werden, auf Grund eines Schiedsspruches eines beim Reichsarbeitsministerium gebildeten Schlichtungsausschusses, der nach seiner im Reichsarbeitsblatt vom 26. November 1920 angeführten Entscheidung zu folgendem Schluß gekommen ist: „Das Verlassen der Arbeit wird nicht dadurch befugt, daß der Streik von der Organisation angeordnet ist. Die Zugehörigkeit zur Organisation entbindet nach geltendem Recht nicht von den Pflichten aus dem privaten Dienstvertrag. Das Verlassen der Arbeit ist daher nicht befugt und gibt dem Arbeitgeber das Recht zur sofortigen Kündigung."

Ein Schornsteinbrand entstand gestern früh in der alten Post am Bahnhof. Das Feuer wurde gelöscht, glimmte aber gegen 11 Uhr wieder auf. Größerer Schaden entstand nicht.

(Eine geisteskranke Frau aufgegriffen.) Am 24. Mai d. Js. wurde in Haspe eine geisteskranke Frauensperson aufgegriffen, deren Personalien bisher nicht feststehen. Die Kranke ist 40—45 Jahre alt, 1,57 Meter groß, hat blondes meliertes Haar und ist sehr schwächlich. Kleidung und Körper waren vollständig verwahrlost. Angaben über die Personalien wolle man der hiesigen Polizei mitteilen.

Methler, 3. Juni. **Unsere Gemeindevertretung** ist durch das Ausscheiden von drei Mitgliedern der Mehrheits-Sozialdemokratie und einem Mitglied der U. S. P., sowie des Gemeinde-Vorstehers beschlußunfähig geworden. Eine Neuwahl wird erforderlich, da jetzt nur noch 4 Vertreter im Gemeinderat sitzen.

Altenbögge, 3. Juni. **Ein Wochenmarkt** soll fortan jeden Samstag von 8—12 Uhr in unserer Gemeinde stattfinden. Der erste findet am morgigen Samstag statt.

(W) **Hamm,** 2. Juni. **Der dritte ordentliche Verbandstag** des Verbandes kaufmännischer Grubenbeamten, der hier abgehalten wurde, beschloß, seinen Mitgliederkreis in der Weise zu erweitern, daß fernerhin nicht nur die unmittelbar auf den Bergwerken, sondern auch die beim Vertrieb und der Verwertung der Bodenschätze beschäftigten kaufmännischen Angestellten Mitglieder werden können.

: **Hagen,** 2. Juni. **Das außerordentliche Gericht** verhandelte am Dienstag in dreistündiger Sitzung gegen den Kommunisten Bowensiepen, der am Osterdienstag die oberste Leitung der bekannten blutigen und gewalttätigen Kommunistenaufstände in Händen hatte. Das Gericht verurteilte Bowensiepen zu 15 Jahren Zuchthaus mit der Begründung, daß seine Taten mit Politik durchaus nichts zu tun hätten, daß sie lediglich gemeine Verbrechen seien.

(bu) **Bochum,** 2. Juni. **(Explosionsunglück.)** Im neuen Martinwerk des Bochumer Vereins erfolgte beim Begießen der Schlacken eine Explosion. Fünf Arbeiter zogen sich schwere Brandwunden zu.

(W) **Elberfeld,** 2. Juni. **Die Deutsche demokratische Partei** der Wahlkreise Düsseldorf Ost und Düsseldorf West hält am Sonntag, den 5. Juni, in der Stadthalle zu Elberfeld einen gemeinsamen Vertretertag ab. Die Abgeordneten Reichsminister Dr. Schiffer und Erkelenz werden über die politische Lage sprechen.

64. Westfälischer Provinzial-Landtag.

Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung steht die Besprechung des Etats.

Präsident Hamm eröffnet die Sitzung um 9,20 Uhr. Abg. Klausener (Ztr.): Wenn Sie einen Haushaltsplan in die Hand bekommen, dann sehen Sie zunächst auf die Vermögenslage und zweitens auf die Steuerlasten. Die Zahlen, welche für die Vermögenslage der Provinzialverwaltung sprechen, geben ein erfreuliches Bild. Der Ueberschuß der Aktiven beträgt 37 Millionen Mark. Auf der anderen Seite steht die Belastung der Gemeinde und Gemeindeverbände einer Realsteuer von 218 %. Die Gemeinden können solche Summen nicht aufbringen. Wir vom Zentrum sind daher der Meinung, daß diese Summen gedrückt werden müssen. Es sind in der Hauptsache zwei Etats, den der Provinzialstraßen und den der Fürsorgeanstalten, welche den Etat der Provinzialverwaltung außerordentlich belasten. Wir sind dafür, daß bei den Provinzialstraßen 20% abgesetzt werden, die durch eine schwebende Anleihe aufgebracht werden sollen, sodaß die Realsteuer auf 198% herabgedrückt würden. Bei dem zweitgrößten Etat, dem Etat der Fürsorgeanstalten der mit 37 Millionen Mark abschließt, kann auch gespart werden. Die Christliche Caritas muß hier mehr eingreifen. Selbstverständlich muß den Insassen ein menschenwürdiges Dasein geboten werden. Auch beim Personaletat kann gespart werden. Wir sind dafür, daß dem mittleren Beamten eine schärfere Verantwortung auferlegt wird, damit an höheren Beamtengehältern gespart wird. Am Etat des Landesarbeitsamtes bitten wir, 59 000 Mark zu streichen. Beim Etat der Landesbank und Feuersocietät kann nichts abgesetzt werden. Es ist unerträglich, nachdem das Etatsjahr bereits zu einem Viertel vorüber ist, wir vom Reich noch keine Zusage haben, ob 25 oder 35% der Reichseinkommensteuer uns zufallen. Wenn wir die Anleihe aufnehmen und die weiteren beantragten Streichungen vornehmen, so werde sich die Realsteuer auf 197% belaufen. Allerdings muß das eine gesagt werden, daß die allmähliche Abschaffung der Selbständigkeit der Provinzen ihren Weg läuft, wenn wir vom Staat keine Unterstützung erhalten, dann müssen wir sie uns bei den höheren Stellen erkaufen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Mehlich (Soz.): Wir können der Provinzialverwaltung die Mittel nicht versagen, welche für die Wohlfahrtseinrichtungen eingesetzt sind. Wir sind auch dafür, daß die größte Sparsamkeit überall obwaltet, auch bei den Wohlfahrtseinrichtungen. In keinem Falle aber dürfen die Insassen darunter leiden. Es muß unsere Hauptaufgabe sein, den verantwortlichen Staatsbürgersinn in allen Volkskreisen zu erziehen. Daß wir von Staats oder Reichs wegen Unterstützung zu erwarten haben, glaube ich nicht. Die morgige Etatsrede des Reichskanzlers wird diese meine Worte bestätigen. (Hört, Hört!) Die Grund- und Gebäudesteuer muß den Gemeinden erhalten bleiben. Aber die heutige Form der Grund- und Gebäudesteuern muß geprüft werden. (Sehr richtig!) denn in ihrer heutigen Form ist sie schuld an der Finanznot größerer Kreise. Die Gemeinden haben es heute noch in der Hand, den Besitz stärker zu erfassen, ob das in Zukunft noch geschehen kann, ist zweifelhaft. Den Weg der Anleihe zur Deckung eines Defizites möchte ich nicht beschritten wissen. Die Abschreibungen bei der Landesbank lassen sich vielleicht vermeiden. Die Sozialisierung des Versicherungswesens muß sobald als möglich durchgeführt werden. Die Frage, ob neue Beamtenstellen notwendig sind, bedarf einer nochmaligen Prüfung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Stapenhorst (D. Vp.): Wir werden uns damit abfinden müssen, daß wir nominell mehr Steuern zahlen müssen, als früher. Wenn wir vor dem Kriege 12 Millionen Mark Steuern erhoben haben und jetzt 74 Millionen, dann ist das nicht verwunderlich und bei einer Geldentwertung von 10 nicht sehr ungünstig. Es zeugt dies von der sorgfältigen Aufstellung des Etats durch die Provinzialverwaltung. Wenn die Provinzialverwaltung neue Beamtenstellen schaffen muß, so kann sie das allein beurteilen.

Vom Wege ab.

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

31. Fortsetzung.

Roland, der noch die letzte Hand an den Baum angelegt, indem er über all die weißgrüne Pracht einen rieselnden Schleier von Silberfäden zog, die gleißend und flimmernd vor der Spitze bis auf den Erdboden stelen, wurde plötzlich aufgeschreckt durch einen Lärm im Wohnzimmer nebenan.

Wieder einmal schrien alle Ricardinis gleichzeitig durcheinander. Der alle wie eine zornige Trompete mit der offenbar erbosten Frau Olga um die Wette, Stella weinerlich und gekränkt.

Roland öffnete die Tür. Das erste, was er erblickte, war ein riesengroßer Korb blaßroter Rosen mit Orangeblüten gemischt, der am Tisch stand, hell beleuchtet vom elektrischen Licht. Daneben lehnte Stella in Tränen. Frau Olga hatte die Hände in die Hüften gestemmt und kanzelte ihren Mann ab, der jetzt puterrot im Gesicht mit ausgespreizten Fingern nach dem Korb werfend auf Roland zustürzte.

„Da — da — totschlagen sollte man das Weib — denn sie ist schuld . . . ich möchte schwören darauf: Ich habe immer so etwas geahnt. Und du —du", er blitzte Stella mit fernen schwarzen Augen an und ballte die Fäuste, als wolle er sich an, sie stürzen, „eine Gans bist du! Eine dumme Gans, weiter nichts: Aber ich werde . . ."

Roland trat empört dazwischen. „Ich verbiete Ihnen, in diesem Ton mit meiner Braut zu sprechen!" sagte er erregt. „Stella wird mir erklären —" Da fiel sein Blick auf eine Karte, die zwischen den Rosen steckte.

„Fröhliche Weihnachten: Egon Winter", stand darauf . . .

Erblassend trat Roland zurück. Eine Minute lang herrschte absolutes Schweigen. Dann wollten Herr und Frau Ricardini wieder zu reden beginnen. Aber Roland gebot ihnen mit funkelnden Augen und einer Handbewegung Schweigen.

„Lassen Sie mich mit Stella allein: Ich verbiete mir jede Einmischung Ihrerseits", sagte er zum erstenmal in unverhüllter Abneigung und in so herrischem Ton, daß das Paar scheu und stumm hinausschlich. Roland fuhr sanfter fort:

„Stella — nun erkläre mir. Wie kommt dieser Mensch dazu, dir Blumen zu schicken?"

In schlotternder Haltung, ein Bild des Jammers, stand sie vor ihm. Und dann griff sie zu der ihr geläufigsten und nie versagenden Waffe, die schon zu weiland Frau Potiphars Rüstzeug gehört hatte: Sie warf sich laut und wild aufschluchzend an seine Brust und stammelte:

„Ich kann ja nichts dafür: Ich begreife ja gar nicht, wie er dazu kommt. O Roland — ich habe solche Angst vor diesem Menschen! Er verfolgt mich mit fernen Blicken — schütze mich vor ihm!"

Er hatte Mühe, sie zu beruhigen. Sie ist ein Kind und weiß sich solch zudringlichem Menschen gegenüber nicht zu helfen, dachte er zuletzt zwischen Erbitterung, Scham und Eifersucht. Ihr darf ich keinen Vorwurf machen. Aber wenn dieser Bursche es noch einmal wagt, sich bemerkbar zu machen, dann schieße ich ihn nieder wie einen tollen Hund . . .

Er öffnete das Fenster und schleuderte den ganzen Blumenkorb hinab in den Vorgarten. Nur die Karte hatte er vorher entfernt und ins Feuer geworfen.

Herrn Ricardinis „Festtafel" machte unter diesen Umständen wenig Eindruck auf Roland und das Mahl verlief freudlos und schweigsam wie ein Trauerschmaus, obwohl die Bescherung vorher die allgemeine Stimmung wieder gehoben hatte.

Denn Roland war kein Knauser und hatte mit vollen Händen gegeben, so daß sogar Frau Olga in dankbarer Anerkennung dieser Tatsache sich Mühe gab, die Liebenswürdige zu spielen. Aber weder ihre Bemühungen noch Stellas Dank und Herrn Ricardinis Ueberschwenglichkeiten vermochten Roland aus seiner wortkargen Verstimmung zu reißen.

Es war ja nicht möglich — er sagte es sich im stillen immer wieder vor — daß Stella oder die Ihren irgendeine Schuld an dieser albernen Blumensendung trugen. Dennoch tauchten Gespenster vor ihm auf, an die er bisher nicht einmal gedacht hatte. Und der einzige Lichtpunkt, der ihm vorschwebte, war der Gedanke an morgen.

Da habe ich sie wenigstens wieder einmal für mich allein, ohne diese gräßlichen Leute, die mir auf die Nerven gehen wie schlechte Musik, dachte er. Und da will ich ihr ernsthaft ins Gewissen reden . . . über vieles.

XX.

Zur selben Zeit saß man auch in der Villa Kühlwein zu Tisch.

„Lauter Junggesellen und Junggesellinnen, die sonst den heiligen Abend melancholisch in irgendeiner Wirtshausecke oder allein daheim verbringen müßten, nun aber von der gütigen Weihnachtsfee geladen sich an fremdem Herdfeuer erwärmen dürfen", hatte Maler Kierlinger lachend konstatiert.

„Dafür wollen wir uns dankbar erweisen und fröhlich sein."

In der Tat war es ein fröhliches Weihnachten gewesen, das man vorhin unter der mächtigen, vornehm geschmückten Tanne gefeiert hatte. Jedermann schien zufrieden, Heiterkeit und Ruhe strahlte aus aller Augen, am hellsten aus denen Irenes, die in ihrem duftigen weißen Kleid, das von feiner Silberstickerei überrieselt war, wirklich etwas Feenhaftes an sich hatte.

Irene hatte ihre Gäste mit kleinen, sinnig gewählten Gaben überrascht, sang mit ihrer weichen, klaren Stimme ein Weihnachtslied und war unermüdlich in dem Bestreben, für jeden ein freundliches Wort oder liebes Lächeln gelan zu haben.

Und doch schien etwas Fremdes in ihrem Wesen, das alle instinktiv fühlten, ohne sich klar darüber zu werden, worin es lag. Es war, wie wenn ihre stolze königliche Art, sich zu geben, ein neuer Zug von Innigkeit und Demut gekommen wäre, der alles, was sie tat und sagte, wundersam verklärte.

Frau v. Ehmich, die wieder ganz hergestellt war, flüsterte Herrn Kühlwein einmal kopfschüttelnd zu: „Ich kenne Irene gar nicht mehr. Sie war doch sonst immer so selbstbewußt und kümmerte sich kaum um die Huldigungen, die man ihr darbrachte, und nun wirbt sie förmlich um die Sympathie der Menschen! Sollte diese Veränderung mit Ebreich zusammenhängen, und sie endlich einen Entschluß gefaßt haben?"

Worauf Herr Kühlwein trocken erwiderte: „Ja, sie erklärte mir vor acht Tagen, daß sie sich endgültig entschlossen habe, eine alte Jungfer zu werden."

„Nicht möglich! Prinz Ebreich schickt doch nach wie vor Blumen, so oft sie abends in Gesellschaft geht, und trinkt täglich eine Tasse Tee bei uns."

„Das ändert nichts an der Tatsache, daß er in bezug auf Irene ganz genau Bescheid weiß. Sie hat es nur — taktvoll wie immer — vermieden, ihm einen Korb geben zu müssen, und sich so einen Freund erhalten. Uebrigens könnte du die Sachlage schon aus dem Umstand merken, daß Ebreich sich auffallend viel um Miß Gladys Moore zu schaffen macht und Irene diese Bemühungen fördert."

Frau v. Ehmich war einen Augenblick sprachlos.

„Und von all dem weiß ich kein Wort", sagte sie endlich gekränkt. „Irene hat mich während meiner Krankheit angezettelt und mir nicht einmal einen Wink darüber gegeben."

„Du weißt, sie liebt es nicht, über derlei Dinge zu sprechen", meinte Herr Kühlwein achselzuckend. Und er dachte daran, wie kurz und dürftig die Angaben gewesen, die Irene ihm selbst in jenem Gespräch gegeben hatte.

(Forts. folgt.)

wir geben unsere Zustimmung. Es muß aber in die Verwaltungen ein mehr kaufmännischer Geist hineingetragen werden, durch den wir sparen können. Eine Anleihe aufzunehmen, halte ich nicht für zweckmäßig. Wenn die Gemeinden 197% tragen können, dann können sie auch 218% tragen. Die Grund- und Gebäudesteuern haben die Gemeinden selbstverständlich nötig, aber es muß hier eine andere Basis geschaffen werden. Eine größere Belastung verträgt der Hausbesitz nicht. Wir müssen an der Reichseinkommensteuer mehr beteiligt werden, als bisher, sonst ist es auf die Dauer nicht möglich, unsere Wirtschaft zu führen. Wir sind bereit, den Etat in der vorliegenden Form anzunehmen und die Steuern zu bewilligen. (Beifall rechts.)

Abg. Stolzenburg (Kommunist): Der erste Ausweg aus dem heutigen Bankerott, in dem wir uns befinden, ist die Liquidierung des heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, zweitens die Enteignung dessen, was der Bankerotteur noch besitzt und drittens der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung auf dem Boden des Sozialismus und des Kommunismus. Das Barometer der Gesellschaft steht nicht auf Frieden, sondern auf Sturm. Auch wir stehen auf dem Boden der größten Sparsamkeit, aber was unsere Fürsorgeanstalten anbetrifft, so können wir auf diesem Gebiete nicht sparen. Es ist zu begrüßen, daß in den Heilanstalten eine bessere Behandlung der Insassen eingetreten ist. Ich bin nicht darüber informiert, wie weit die Revolution dazu beigetragen hat. (Heiterkeit.) In den Erziehungsanstalten besteht aber heute noch die Prügelstrafe. Ich glaube, daß, wenn wir auf den Kulturstufen eines Ulrich Hutte und Goethe weiterschreiten, aber nicht auf dem Boden der christlichen Caritas, daß wir dann die Prügelstrafe fallen lassen können. (Große Unruhe im Zentrum und rechts.) Bei den Provinzialheilanstalten darf es nur eine und nicht drei Klassen geben. Die Frauenkliniken dürfen nicht zu Studienanstalten werden. Das Landesarbeitsamt muß den Zuzug der sogenannten Orgescharbeiter verhindern. Bei der Vermittlung aller Wirtschaftsstellen durch das Landesarbeitsamt müssen die Tarife der Landarbeiterverbände eingehalten werden. Die Erzeugnisse der produktiven Arbeiteranstalten müssen zunächst den Anstaltsinsassen zu Gute kommen. Der Abgeordnete verliest sodann eine Broschüre, die die Technikerschaft der Provinz zur Erzielung von Ersparnissen in der Verwaltung ausgearbeitet hat. Die Denkschrift fördert die Durchführung einer großzügigen Verwaltungsreform, der ungehemmte Aufstieg jedes Tüchtigen müsse erreicht werden. Der Unterschied zwischen Akademikern und Nichtakademikern müsse wegfallen. Die Kommunisten fordern die Bildung einer Kommission, welche in Gemeinschaft mit den Technikern über die Mittel und Wege beraten soll, die zum Ziele führen. Wir Kommunisten, führte der Redner wörtlich aus, denken nicht an eine Vernichtung der produktiven Werte. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Grund und Boden der Volksgesamtheit ebenso wie Luft und Licht gehören. Selbstliebe und Egoismus der besitzenden Stände verhindern es, daß wir auf friedlichem Wege zu einer Aenderung der Zustände kommen. Im Verlauf der Rede erteilt der Abgeordnete Stolzenburg dem Abgeordneten Lensing den Rat, sich über die Wege und Ziele der Kommunisten besser zu orientieren. (Der kommunistische Abgeordnete Richter ruft: Kommunist würde er so wie so nicht.) Als der Abgeordnete am Schluß seiner Rede von dem Erzengel Gabriel spricht, der mit gezücktem Schwert auf neue Zeiten wartet, erhebt sich im Hause eine ungebundene Heiterkeit. Auch hier entspann sich eine Zwiesprache zwischen dem kommunistischen Redner und dem Abgeordneten Lensing, während deren Verlauf der Abgeordnete Stolzenburg den Abgeordneten Lensing bat, es ihm nicht zu verübeln, wenn er die Erzengel verwechsele. Sie, die Kommunisten, hätten anderes zu tun, als das Volk mit Religion tot zu füttern.

Abg. Oberbürgermeister Cuno-Hagen (Demokrat) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Kommunisten und betont, daß das Kapital den größten Teil ihres Geldes zur Förderung der produktiven Arbeit aufgewandt habe und aufwende. Im übrigen geht er mit dem ersten Etatsredner einig. Er erhofft, daß sich im Laufe des Rechnungsjahres die Verhältnisse auf einigen Gebieten so bessern werden, daß sich das Defizit nicht unwesentlich verringert. Er wünscht den Austausch der Erzeugnisse der einzelnen Provinzialanstalten unter einander. — Um 1,20 Uhr vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung 3 Uhr nachmittags.

Die vierte Sitzung Dienstag nachmittag eröffnet Präsident Hamm.

Abg. Oettinghaus (Unabh.): Meine Damen und Herren! Ich will mich sehr kurz fassen, (Allseitiges Bravo!) aber schmerzlos wird meine Rede nicht sein, (Heiterkeit) denn durch die beste Rede würde ich Sie doch nicht zur U. S. P. bekehren können. Das ist keine Schwäche, sondern eine Stärke des Sozialismus, denn sonst wüßte ich nicht, wo ich bleiben sollte. (Allgemeine Heiterkeit.) Das Klassensystem muß abgeschafft werden, auch im Etat und daher können wir im Etat der Rettefürsorge sparen. Die Religionsgemeinschaften haben kein Anrecht auf die Wohlfahrtseinrichtungen. Das alleinige Anrecht darauf hat die Provinz und ich glaube, daß die in dem Etat eingesetzten Summen noch zu gering sind, um den Insassen der Anstalten ein behagliches Dasein zu gewähren. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Einnahmen vermehrt werden müssen. Eine Pumpwirtschaft, wie sie von der Zentrumsfraktion angestrebt wird, machen wir nicht mit. Das Defizit muß durch Steuern gedeckt werden. Der Redner polemisiert dann gegen die Ausführungen des Abg. Cuno. Es kommt dann zu mehrfachen Diskussionen mit dem Abgeordneten Lensing. Darauf wird die Debatte der Etatsbesprechungen geschlossen.

Es folgt die Besprechung einiger kleinerer Vorlagen des Provinzialausschusses, die nach kurzer Debatte angenommen werden und dann die Beratung der einzelnen Etats, welche gleichfalls angenommen werden. —

Zur Beratung der Kosten der Fürsorge brtngen die Kommunisten den Antrag auf Abschaffung der Prügelstrafe ein. Es entspinnt sich eine längere Debatte, an der sich Redner aller Parteien beteiligen. Die Mehrheit des Hauses ist gegen den kommunistischen Antrag. Schluß der Sitzung 7 Uhr. — Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

23. General-Versammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Nach Eröffnung des Verbandstages gab der Verbandsvorsitzende Abg. Husemann-Bochum zur Einführung in die Besprechung des Geschäftsberichts einen umfassenden Rückblick auf die gewerkschaftliche Entwicklung der letzten Jahre. Er kam dabei gleich in der Einleitung auf die Angriffe der Opposition zu sprechen, von der vielfach außer acht gelassen werde, daß neben den Gewerkschaften auch noch andere Faktoren berechtigt seien, im Wirtschaftsleben ihren Einfluß geltend zu machen. Anknüpfend an den Versailler Vertrag und seine Auswirkungen berührte der Redner die Weltwirtschaftskrise, die sich in der rheinisch-westfälischen Hütten- und Eisenindustrie durch das Ausblasen von Hochöfen, durch Arbeiterentlassungen und durch Arbeitsstreckungen bemerkbar mache und von der man fürchten müsse, daß sie bald auch den jetzt von ihr noch verschonten Kohlenbergbau ergreifen werde, wie sie in der Kalindustrie und im Erzbergbau bereits Boden gewonnen habe. Angesichts der Gefahren, die sich aus dieser Lage ergeben, müsse die Arbeiterschaft einig und geschlossen vorgehen. Die Gewerkschaften dürften aber keine Katastrophen- oder Parolepolitik betreiben, wenn sie verhandlungsfähig bleiben wollen. Ihre Politik müsse vielmehr geleitet sein von der Rücksicht auf das Volksganze. In bezug auf den Sechsstundentag sagte Husemann, die Kohlenlage habe bisher seine Verwirklichung nicht zugelassen. Man habe in dieser Beziehung der Stellungnahme der ausländischen Kameraden auf dem Bergarbeiterkongreß in Genf Rechnung tragen müssen. Daß man in der Sozialisierungsfrage noch nicht weiter sei, müsse der politischen Zerklüftung der deutschen Arbeiterschaft, den Wirkungen des Friedensvertrages und sonstigen Widerständen zugeschrieben werden. Man hoffe aber mit vereinten Kräften die Angelegenheit vorwärts zu bringen, wobei allerdings wieder betont werden müsse, daß es sich dabei nicht um eine rein bergmännische Frage handle, sondern um eine Sache, die die gesamte Bevölkerung angehe. Husemann wandte sich gegen die oft unsinnigen und undurchführbaren Forderungen radikaler Elemente und setzte sich für die Arbeitsgemeinschaften ein, auf die man nicht verzichten könne. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik forderte er die baldige Schaffung des Reichs-Knappschaftsvereins und eines Reichs-Knappschaftsgesetzes. Husemann besprach dann die schon an anderer Stelle wiedergegebenen Ziffern des Jahresabschlusses. Im Zusammenhang damit verurteilte er die Zersplitterungsarbeit der Spartakisten, Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten, durch welche ganze Belegschaften in das Lager der Unorganisierten oder der Gelben getrieben worden seien. Von den Anhängern Moskaus sei eine systematische Hetze gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale veranstaltet worden. Gegen diese Bestrebungen und gegen die Bildung zerstörender Keimzellen habe man im Interesse der Organisation mit Entschiedenheit vorgehen müssen. Bisher seien 131 Mitglieder wegen Verstoßes gegen die Verbandsdisziplin in den Mitgliederlisten gelöscht worden, nicht etwa wegen ihrer politischen Gesinnung, sondern weil sie entgegen dem Mehrheitswillen den Verband unter das Diktat von Moskau hätten bringen wollen. Mit welchen Waffen die Radikalen kämpften, möge man daraus entnehmen, daß von jener Seite die unwahre Behauptung aufgestellt worden sei, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale von internationalen Kapitalisten mit sieben Millionen Franks finanziert worden sei. Husemann will es dem Verbandstage überlassen, die Tätigkeit des Vorstandes zu beurteilen. Er sagt, man scheue nicht die Kritik, aber er bitte, diese Kritik sachlich zu üben. Wenn das geschehe, so werde sie zur Klärung beitragen und die Organisation zu weiterem erfolgreichem Wirken im Interesse der Bergarbeiterschaft stärken.

Nach Husemann referierte Schmidt-Bochum über Tarif- und Lohnfragen. Er gab dabei seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, in den letzten Jahren der Gedanke der Vertragstreue in den Kreisen der Bergarbeiter doch festgesetzt habe. Bisher sind in Deutschland vom Alten Bergarbeiterverband 56 Tarifverträge abgeschlossen worden, an deren rund 463 000 Verbandsmitglieder beteiligt sind. Der Redner will nicht leugnen, daß der Soziallohn den Arbeitgebern Anlaß geben könne, bei der Annahme von Arbeitern besonders sorgfältige Auswahl zu treffen. Einen Ausgleich könne hier die gesetzliche Arbeitsvermittlung schaffen. Als notwendig bezeichnete der Redner die Schaffung einer Organisation, die die Arbeiter erfasse vom Eintreten in das Zechentor bis zum Verlassen desselben. — Hesse-Halle sprach an Stelle Martmöllers über die Betriebsräte, denen er empfahl, sich bei ihrer Tätigkeit nicht von der Gunst der Masse leiten zu lassen, sondern von der gesunden Vernunft und von dem Grundgedanken des Betriebsrätegesetzes. — Thimm-Bochum berichtete über den Stand der Bergmannssiedlungen. — Bittner-Bochum erstattete den Kassenbericht, dessen Abschlußziffern wir bereits mitgeteilt haben.

Der Antrag, wonach die Angestellten des Verbandes jährlich eine gewisse Zeit hindurch praktische Bergarbeit leisten sollen, heute nicht genügende Unterstützung. Das Bild der heutigen Verhandlung war so, daß der Vorstand das Vertrauen des weitaus größten Teiles der Delegierten hat.

Die Lage in Oberschlesien.

(W) Im Zwölferausschuß der deutschen Parteien gab General Lerand die Erklärung ab, daß die interalliierte Kommission den deutschen Selbstschutz nicht als Insurgententruppe betrachte. Ein englisches Bataillon ist gestern in die Stadt Groß-Strehlitz eingerückt, ohne auf Widerstand zu stoßen. — In den Kreisen Rosenberg und Kreuzburg hat sich die Erregung der Bevölkerung gesteigert, da die polnischen Aufrührer, obwohl sie Verstärkungen erhielten, sich nicht sicher fühlten und nunmehr die deutschgesinnte Bevölkerung aufs Schlimmste mißhandeln und brandschatzen. Aus Stadt und Land Rosenberg sind Meldungen über Plünderungen von Gütern, Geschäften und Wohnungen eingelaufen. Auch sind deutschgesinnte Oberschlesier mißhandelt und verschleppt worden. In den übrigen Kreisen ist die Lage unverändert. Der Ort Fischerei nördlich Kosel mußte unter dem Druck der Polen von den deutschen Verteidigern geräumt werden.

Demission des österreichischen Kabinetts.

(TU) Bundeskanzler Dr. Mayr hat gestern in der Nationalversammlung die Demission des Kabinetts mitgeteilt und hinzugefügt, daß der Bundespräsident ihn mit der Fortführung der Geschäfte vorläufig betraut habe. Der Bundeskanzler wird nunmehr mit den Führern der politischen Parteien und mit den Landeshauptleuten der einzelnen Bundesvölker bezüglich der Lösung der Regierungskrise in Verhandlungen eintreten. Der von gewisser christlich-sozialer Seite vorgeschlagene Plan einer sogenannten Länderregierung wird in parlamentarischen Kreisen nicht ernst genommen, weil eine solche Länderregierung, die sich aus den maßgebenden christlich-sozialen Faktoren von Tirol, Salzburg und Steiermark zusammensetzen müßte, die politische Situation nur noch erschweren könnte. Man glaubt daher an eine Wiederwahl Dr. Mayrs, wobei das gegenwärtige Kabinett unverändert bleiben wird.

Gestern ist der jugoslawische Gesandte bei der Regierung erschienen und hat sich dem Protest der rumänischen und tschechischen Regierung gegen die Anschlußpropaganda in Oesterreich angeschlossen. Der englische Gesandte in Wien, Lindlay, hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Bundeskanzler Dr. Mayr.

Die Reichsbank auf der Goldsuche.

(W) Die Reichsbank gibt bekannt: Durch Annahme des Ultimatums der alliierten Mächte hat das Reich schwere Verpflichtungen übernommen zu deren Erfüllung große Anstrengungen gemacht werden müssen. Von diesem Gesichtspunkt aus hat der Reichsfinanzminister sich entschlossen, durch Vermittlung der Reichsbank und der Post Gold zum Weltmarktpreise ankaufen zu lassen. Goldschmuck und goldene Gebrauchsgegenstände bleiben vom Ankauf ausgeschlossen. Für deutsche und ausländische Goldmünzen sowie für Barren erfolgt der Ankauf durch Vermittelung der Reichsbankanstalten. In den nächsten Tagen wird der Ankauf auch von allen Postanstalen, von diesen aber nur in bezug auf deutsche Reichsgoldmünzen angenommen werden. Der von der Reichsbank und der Post zu zahlende Ankaufspreis ist der Gleiche. Er wird auf der Grundlage des Weltmarktpreises am Ende jeder Woche festgesetzt. Für die laufende Woche stellt er sich z. B. auf 260 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück, auf 37000 Mark für ein Kilo Feingold. Die Preise für die übrigen deutschen und ausländischen Münzen werden entsprechend festgesetzt. Die Umsatz- und Luxussteuer kommt bei diesem Ankauf nicht in Anschlag. Den Besitzern von Gold bietet sich hiernach Gelegenheit, es ungefähr zum Weltmarktpreis zu verwerten, dagegen ist andererseits der Ankauf auf Grund des Gesetzes betreffend die Verfügungen über Gold vom 28. 4. 21. (Reichsgesetzblatt 489) ohne die Zustimmungen des Reichswirtschaftsministers verboten und strafbar ist. Die Verwertung ausländischer Münzen ist durch das Goldausfuhrverbot ausgeschlossen.

Straßendemonstrationen gegen unerträgliche Besteuerung.

(TU) **Freiwaldau,** 2. Juni. Die hiesige Bevölkerung veranstaltete größere Straßendemonstrationen gegen die unerträgliche Besteuerung. Es kam zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie, die mit gefälltem Bajonett gegen die Demonstranten vorging. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Schließlich wurde Militär aufgeboten, das gegen die Menge einschritt. Drei Bürger von Freiwaldau wurden verhaftet und nach Sprottau gebracht.

2 Millionen Dollar für die verwüsteten Gebiete gestiftet.

(TU) **Paris,** 2. Juni. Der französischen Regierung ist mitgeteilt worden, daß ein wohlhabender Amerikaner namens Frank Bull aus Pennsylvania zwei Millionen Dollar zugunsten der Bewohner der verwüsteten Gebiete von Frankreich und Belgien vermacht hat.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 3. Juni. **(Knappenfest.)** Am Sonntag, den 29. Mai, fand die erste Vollsitzung des Festausschusses der beiden Knappenvereine „Gute Hoffnung" und „Kameradschaftliche Eintracht Glück-Auf" für das am 3. Juli 1921 stattfindende Bruderfest statt, welches durch die Mitwirkung auswärtiger Brudervereine verschönert werden soll, statt. Die Sitzung hatte ein reichhaltiges Programm auf der Tagesordnung stehen, sollen doch den Kameraden und Gönnern der Knappen-Unterstützungsvereine recht frohe Stunden bereitet werden. Nach den Aufstellungen des Festprogramms, welches vom Festausschuß ausgearbeitet wurde, kann man sehen, daß die Mitglieder beider Vereine keinen schlechten Griff bei der Wahl des Ausschusses gemacht haben, es sind das alles Männer, denen das Wohl und Aufblühen der Knappen-Unterstützungsvereine am Herzen liegt, um ihre Kameraden in jeder Weise zu unterstützen. Die Programme werden in der nächsten Zeit veröffentlicht werden. Im Anschluß hieran möchten wir die Bürger der Stadt bitten, am genannten Festtag zu flaggen, um der Knappen an ihrem Freudentage zu gedenken, der Knappen, die ihren schweren Beruf tief unten in der Grube vollbringen und die schwarzen Diamanten zu Tage fördern. Darum an Alle: Reichlicher Flaggenschmuck zur Verschönerung des Festes anlegen: Den Knappen aber, welche noch fern stehen, möchten wir zurufen: Schließt Euch an, gibt es denn noch schöneres, als nach schwerer, gefahrvoller Arbeit auch einige frohe Stunden in kameradschaftlichem Kreise zu verleben. Möge das Wetter den Knappen hold sein, damit ein schönes Fest zustande kommt. Dieses wünschen mit kameradschaftlichem „Glück Auf" die Vorstände.

Kamen, 3. Juni. **(Sauerländischer Gebirgs-Verein.)** Am Samstag, den 4. Mai, wandert die Jugendgruppe bis Arnsberg, während die Altabteilung am Sonntag morgen nachwandert und die Jugendgruppe in obiger Stadt einholt. Von Arnsberg wird, nach Besichtigung der Stadt, bis Oeventrop gewandert. Die Jugendgruppe sammelt sich am Samstag nachmittag um 3.50 Uhr am Bahnübergang, während sich die Altabteilung Sonntag morgen 5.40 Uhr an gleicher Stelle trifft, um 5.51 Uhr den Straßenbahnwagen nach Unna zu benutzen.

Kamen, 2. Juni. **Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Bergkamen-Oberberge.** Um den Kamener Freunden unserer Ortsgruppe entgegen zu kommen, beabsichtigt die Ortsgruppe, einen Verein in Kamen ins Leben zu rufen. Zu diesem Zweck findet am Sonntag nachmittag 3 Uhr im Lokal Bungerdt, Bahnhofstraße, eine Besprechung statt, wo ein Mitglied unserer Ortsgruppe über Ziel und Zweck der Naturfreundebewegung sprechen wird. Mögen nun viele Kamener hierzu erscheinen, um zu zeigen, daß auch sie für den Wandersport Interesse haben. (Siehe Inserat.)

Oberaden, 1. Juni. **(Preisgekrönt.)** Der Radfahrerverein „Gloria"-Oberaden besuchte am 15. Mai (1. Pfingsttag) das Stiftungsfest des Radfahrer-Vereins „Blitz"-Herten und kehrte mit folgenden Preisen zurück: 1. Preis im Festzug, 1. Preis im Schulreigen, Ehrenpreis im Kunstreigen. Emil Nebbe erwarb den Ehrenpreis im Langsamfahren und Radpolo; Karl Rohs erhielt den dritten Preis im Radpolo. Mit Stolz konnte der Verein am Abend wieder heimkehren, war doch das Fest in Herten das erste seit 7 Jahren an dem „Gloria" teilnahm. Am Sonntag, den 29. Mai, besuchte der Verein das Stiftungsfest des Radfahrer-Vereins „Adler"-Sterkrade-Nord. Auch hier konnte der Verein preisgekrönt heimziehen. Im Schul- und Kunstreigen erwarb der Verein je den 1. Preis, außerdem erwarb im Langsamfahren August Allosk den Ehrenpreis und Otto Rogge den 5. Preis. Ferner erhielt der Verein den ersten Preis für weiteste Herkunft. Auf diese beiden Feste kann der Verein mit Stolz zurückblicken, möge er weiter so blühen und gedeihen.

Königsborn, 3. Juni. **Der Ziegenzucht-Kreisverband Hamm** hielt im Restaurant „Kaffeewäldchen" in Bad Königsborn eine Versammlung der Mitglieder des Verbandes ab. Es waren 28 Vereine vertreten, nicht erschienen waren die Vereine Bönen-Westerbönen, Berge, Westfünnen, Rhynern, Methler, Pelkum und Rünthe. Herr Zuchtinspektor Topp (Münster) sprach über das neue Bockhaltungsgesetz. Er wies auf den Nutzen der Ziegenzucht hin, welcher durch Beschaffung von erstklassigem Zuchtmaterial und Pflege der Ziegen gefördert würde. Von dem Nutzen der Ziegen, ganz besonders von der Ernährung der Kinder mit Ziegenmilch, seien auch die Behörden überzeugt. Deshalb seien von den Stadt- und Landkreisen bedeutende Mittel zur Förderung der Ziegenzucht überwiesen worden. Das neue Bockhaltungsgesetz sei für die Ziegenzucht von großer Bedeutung, da die Bockhaltung die Grundlage der Ziegenzucht sei. Im Kreise Hamm, wo schon seit Jahren ein Ziegenzucht-Kreisverband mit 31 angeschlossenen Vereinen besteht, sei die Durchführung des Bockhaltungsgesetzes nicht so schwierig, weil die Vereine schon immer für zuchttaugliche angekörte Böcke gesorgt hätten. Nur mit der Unterbringung der Böcke und der Heranziehung passender Bockhalter hätten verschiedene Vereine große Schwierigkeiten gehabt. Durch das neue Bockhaltungsgesetz seien die Gemeinden jetzt verpflichtet, eine dem Bedürfnis entsprechende Zahl von zuchttauglichen Ziegenböcken anzuschaffen und zu unterhalten. Die Beschaffung von passenden Gebäuden bezw. Stallungen, wo solche nicht vorhanden, sei ebenfalls Pflicht der Gemeinden. Falls die Vereinsvorstände trotzdem aber auf Schwierigkeiten stoßen würden, müßte auf dem Beschwerdewege an den Kreis- bezw. Bezirksausschuß gegangen werden. Eindringlichst wies Herr Topp den Vereinsvorsitzenden darauf hin, mit den Gemeinden Hand in Hand zu arbeiten, dann würde sich auf gütlichem Wege vieles erreichen lassen. In der Provinz Westfalen hätten schon verschiedene Städte bezw. Gemeinden Gebäude mit Stallungen für Bockstationen errichtet. Ein großer Teil der Kosten müßte aber letzten Endes doch von den Ziegenhaltern, sei es durch Deckgeld oder sonstige Umlagen, gezahlt werden. Die Hauptsache sei, daß ein zuverlässiger Bockhalter gewählt würde. Die Bockhalter müßten für ihr unangenehmes Amt der Zeit entsprechend bezahlt werden. Dem 1. Vorsitzenden des Ziegenzuchtvereins Fröndenberg, Herrn Schürenberg, und dem 1. Vorsitzenden des Ziegenzuchtvereins Westfünnen, Herrn H. Weige, welche beide so viele Jahre in mustergültiger und aufopfernder Tätigkeit für ihren Ziegenzuchtverein gewirkt haben, wurde durch Herrn Zuchtinspektor Topp ein künstlerisches Diplom überreicht. Wegen Erkrankung des 2. Vorsitzenden und Herdbuchführers Herrn Wagner (Rotdebögge), wurde der 1. Kassierer, Herr Fingel (Heeren), zum Herdbuchführer und Herr Müller (Mühlhausen) zum 1. Kassierer einstimmig gewählt. Der Ziegenzuchtverein Bramey-Lenningsen verzichtet zugunsten des Vereins Delbvig auf den vom Kreisverband zu beschaffenden Jungbock, womit sich der Vorstand einverstanden erklärte.

Sport.

Kamen, 3. Juni. Die Zwischenrunde um die deutsche Fußballmeisterschaft, die am vergangenen Sonntag vor sich ging, brachte folgende Ergebnisse: Berlin: „Vorwärts"-Berlin (Brandenburgischer Meister) gegen Spielverein Duisburg (Westdeutscher Meister) 2:1. Berlin erzielte kurz nach Anfang das erste Tor, Duisburg glich vor der Pause durch Elfmeterball aus. Am Schluß der regulären Spielzeit stand das Spiel unentschieden 1:1, sodaß eine Verlängerung von 2×15 Minuten eintreten mußte. Kurz vor Schluß erzielte Berlin das siegbringende Tor. Das zweite Spiel fand in Leipzig statt, wo sich der süddeutsche und vorjährige deutsche Meister, 1. Fußballklub Nürnberg und der mitteldeutsche Meister Wacker-Halle gegenüber standen. Nürnberg siegte nach durchweg überlegenem Spiele mit 5:1 Toren. Das Entscheidungsspiel findet demnach am 12. Juni in Düsseldorf zwischen dem 1. Fußballklub Nürnberg und „Vorwärts"-Berlin statt. — Die Reise des deutschen Altmeisters, Spielvereinigung Fürth, nach Schweden war sehr erfolgreich. Im ersten Treffen in Malmö siegte die deutsche Mannschaft nach glänzendem Spiele mit 2:0 Toren. Der Empfang der Deutschen war überaus herzlich. — Bei den nationalen Wettkämpfen in München stellte Halt (München) im Steinstoßen (30 Pfund) mit 10,21 Meter eine neue deutsche Höchstleistung auf.

Konzert, Theater 2c.

Kamen, 3. Juni. **„Der fidele Bauer".** Diese langersehnte Operette gelangt nunmehr am Sonntag, den 5. Juni, Anfang 8 Uhr abends, im Schützenhof (Inhaber: Reinhard) bei gut besetztem Orchester, erstklassiger Rollenbesetzung, sowie feiner kostümlicher und dekorativer Ausstattung, zur Aufführung. Die Operette „Der fidele Bauer" ist eine der beliebtesten Operetten, welche an allen Bühnen mit sehr großem Erfolge aufgeführt wird. Die Handlung derselben ist sehr volkstümlich und teilweise äußerst humoristisch. Die Musik, welche der bekannte Operetten-Komponist Leo Fall geschrieben hat, ist sehr populär und sind einige Musiknummern sogenannte Schlager ersten Ranges. Von den vielen Musiknummern seien hier unter anderen angeführt das herrliche „Heinerle-Duett" (Heinerle, Heinerle hat kein Geld), dann das humoristische Terzett „Der Infanterist, der Artillerist, der Kavallerist" und zum Schluß das Marschterzett „Ist man auch ein Bauer, Bauer, Bauer". Die Direktion hat für erstklassige Rollenbesetzung gesorgt. Herr Direktor Frey spielt die Rolle des fidelen Bauern, Herr Assies den Lindoberer, Herr Mächler den Stephan. Frl. Hauk-Steenhart ist in der Rolle der „Annamirl" vertreten. Für gut besetztes Orchester sowie schöne kostümliche und dekorative Ausstattung ist bestens gesorgt. Ein Besuch dieser wirklich sehr feinen, beliebten Operette ist sehr zu empfehlen. Der Kartenvorverkauf findet statt in den Zigarrengeschäften des Herrn Goris, Bahnhofstraße und Weststraße. Sperrsitzkarten nur im Geschäft Weststraße. Alles Nähere, wie Preise der Plätze usw., durch Inserate und Plakate ersichtlich.

Kamen, 3. Juni. **Im Bahnhofshotel** (W. Ritschebe) findet am Sonntag Gartenkonzert statt. Anschließend Eröffnung des renovierten Saales durch Tanz. (Siehe Inserat.)

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, 5. Juni. Pauluskirche. 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Ewald. — Lutherkirche. 9 Uhr: Gottesdienst, Pastor Philipps. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst, Pastor Ewald. Sonntag 3 Uhr und Dienstag nachm. 4¼ Uhr: Kirchentaufen, Pastor Philipps. — Kapelle in Lerche. 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Giesecking. Bibelabend im Saal an der Lutherkirche Mittwoch 8 Uhr, Pastor Ewald.

Sommersprossen — weg!
Leidensgefährtinnen teile unentgeltlich mit, auf welch einfache Weise ich meine Sommersprossen gänzlich beseitigt habe. 2:72
Frau Elisabeth Ehrlich, Frankfurt a. M., 1205, Schließf. 47.



Gott der Herr erlöste gestern abend 10½ Uhr nach schwerem Leiden unser liebes Töchterchen

Erna

im zarten Alter von 3 Monaten.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Gustav Holthoff.

Qverberge 134, den 2. Juni 1921.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. Juni, nachmittags 3½ Uhr vom Trauerhause aus statt 2628

Touristenverein „Die Naturfreunde"

Ortsgruppe Bergkamen u. Overberge.

Zwecks Gründung einer Ortsgruppe der Naturfreunde

findet **am Sonntag, den 5. Juni, vorm. 9 Uhr** im Lokal Bunghardt in Kamen, Bahnhofstraße, eine **Besprechung** statt, wozu alle wanderfreudigen Kamener herzlich willkommen sind. 2617

Ortsvereinigung ehem. Kriegsgefangener.

Monatsversammlung

am **Sonntag, den 5. d. M., vormittags 10 Uhr,** bei Kümper am Rathaus.

Daselbst Anmeldung zur Teilnahme am Ausflug zur Möhnetalsperre am 16. Juli und Erheben des Fahrgeldes. 2607

Der Vorstand.

Achtung!

Wo gehen wir Sonntag hin?

Auf nach Kamen „Bahnhofs-Hotel"!

Daselbst am Sonntag



Garten-Konzert

anschließend



Eröffnungs-Ball und Tanz

in dem renovierten glatten Tanzsaal.

Anfang 5 Uhr nachmittags.

Für gute Biere (Friedensbier) u. Liköre ist bestens gesorgt.

Es ladet freundlichst ein 2622

Der Wirt.

Hurra!



„Immer heiter" ist wieder da!



Auf zur Schützenheide!!

Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 5 Uhr, findet dort ein großer

italienischer

Walzer-Abend

statt. Derselbe ist verschönert durch bunte und bengalische Beleuchtung. Es werden mehrere Schwungstücke von der verdoppelten Bandoneon-Musik „Edelweiß" Kamen ausgeführt.

Abends 9 Uhr findet eine Polonaise mit Fackeln statt.

Fackeln sind an der Kasse zu haben. Freunde und Gönner des Vereins sind durch den Junggesellenklub „Immer heiter" Kamen-Süd **herzlich willkommen.**

Der Vorstand.

2503

NB. Nachmittags 2 Uhr treten die Mitglieder zur Schützenheide an im Vereinslokal.

2592

Auf Teilzahlung!!

Herren-Anzüge	Burschen-Anzüge	Covercoats Regen-Mäntel	Damen-Kostüme
Damen-Mäntel	Kinder-Anzüge	Herren- u. Damen-Stoffe	Manufaktur-Waren

Max Mischkowski, Dortmund,

Steinstr. 63. Ausgang Nordseite Hauptbahnhof.

Bequeme **Abzahlungen!**

Geschäftsbücher

Tagebücher,
Kassabücher,
Hauptbücher,
Kopierbücher usw.,

in großer Auswahl vorrätig, empfiehlt die

Buchhandlung der Kamener Zeitung

Weststraße 10.

Kamener Lichtspiele.

Vornehmste Lichtbildbühne am Platze.

Der große Sensations-Spielplan von Freitag, den 3. bis Montag, den 5. Juni.



Die Spitzbuben von Paris

Sensationsroman in 14 Akten und 3 Abteilungen.

Der Apachenlord

Eine groteske Abenteurergeschichte in 5 überwältigenden Akten von F. Carlsen. In der Hauptrolle **Friedrich Zelnik.**

Außerdem eine Lustspiel-Einlage, Messerwoche, Mode, Sport und Kunst. 2621

Aenderungen vorbehalten. **D. D.**

Alfr. Schulte-Derne,

Kamen. — Markt 19.

Erstes Spezialgeschäft für Elektrotechnik am Platze.

Elektr. Licht- und Kraftanlagen in bekannt guter, fachgemässer und preiswerter Ausführung. Lieferung von Motoren und elektr. Apparaten. Reichhaltige Auswahl in Beleuchtungskörpern. Verlangen Sie kostenlose und unverbindliche Kostenanschläge bevor Sie Ihre Anlage vergeben. **Bei Betriebsstörung sofortige Hilfe.** 2625

Mandolinen

Gitarren, Lauten, Violinen,
Trag- u. Zierbänder, Taschen,
Saiten u. sämtl. Zubehör billigst

A. Galiard, Weststr. 76.

Altenbögge.

Am Sonnabend jeder Woche soll in der Steinstraße hierselbst von 8—12 Uhr vormittags **Wochenmarkt** abgehalten werden. Erster Markttag Sonnabend, den 4. Juni. Die Neueinrichtung bitte ich nach Kräften zu unterstützen, damit aus der probeweisen Einrichtung eine dauernde werden kann.

Pelkum, den 31. Mai 1921.

2620 **Der Amtmann.**

Nerven- und Herzkranken

empfehlen wir das bewährte Wörishofener Sozon Elixir. Allein echt **Wörishofener Naturheil-Werke, Elberfeld. Niederl. Drogerie H. P. Thiel Kamen (Westf.), Oststr. 21. Hellweg-Drogerie J. Knipping in Münthe.** 163

Junger 2585

Schneidergehülfe

für sofort gesucht.

Schneidermeister **Fritz Bergmann,** Niederaden.

Bruchkranke

können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunde in Dortmund, Hotel Bürgerhaus, Kampstrasse Nr. 67 am 7. 6. 21, von 9—1 Uhr.

Dr. med. Knopf 1283
Spezialarzt für Bruchleiden.

Wegen Krankheit des jetzigen, suche ich für meinen Haushalt von 2 Personen ein sauberes p2619

Hausmädchen

Gottfr. Quittmann Lünen.

Sauberes, nicht zu junges p2627

Mädchen

gesucht.

Konditorei Hasermann. Bergkamen.
Landwehrstraße.

Zuverlässiges 2615

Mädchen

für Haushalt gesucht.

Zahnarzt Dr. Drost, Kamen, Bahnhofstr. 22.

Tüchtige Maurer

sofort gesucht. 2618

Baugeschäft W. Mork,
Weddinghofen 21.

Für unsere Buch- und Schreibwarenhandlung **suchen wir ein**

Lehrmädchen

Nur junge Mädchen mit guten Schulzeugnissen wollen sich melden.

Kamener Zeitung G. m. b. H.
Kamen, Weststr. 10.

Tüchtiges

Mädchen

zum 1. Juli gesucht.

Frau Steinmann,
Bahnhofstr. 2626

Methler.

Jede Woche frische

Treber

abzugeben. p2624

H. Gertönis.

Sekt-, Wein-

u. sonstige Flaschen kauft und holt ab

W. Gunst, Dortmund,
Münsterstraße 139.
Telephon 8759. 263₅

Krieger- und Landwehr-Verein

Methler.

Quartal-Versammlung

am **Sonntag, den 5. Juni, nachm. 5 Uhr.**

Tagesordnung:

1. Zahlen der Beiträge.
3. Festangelegenheit.
3. Verschiedenes.

2636 **Der Vorstand.**

Verein ehemal. Kriegsteilnehmer

e. V.,
Kamen.

Sonntag, den 5. Juni 1921, nachm. 5 Uhr. im Vereinslokal Ww. Jordan, Nordstraße:

General-Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich. — Um 4 Uhr: Vorstandssitzung. 2637

Der Vorstand.

S.G.V.

Wanderung nach Arnsberg.

Treffpunkt: 2601

Jugendgruppe Samstag, den 4. Juni, 3.50 nachm.

Altabteilung Sonntag, den 5. Juni, 5.40 vorm. Bahnübergang.

Eine milchgebende

Ziege

zu verkaufen. 2614

Südkamen,
Afferderweg 29.

M.-G.-V. Liedertafel

Bergkamen.

Am Sonntag, den 5. Juni, unternimmt der Verein seinen diesjährigen

Ausflug nach Ehringhausen

bei Werne. Sämtliche Teilnehmer werden gebeten sich um 12.15 beim Wirt Wellhausen einzufinden.

Abfahrt der Extrawagen der Straßenbahn Punkt 12.30 Uhr. p2640

Der 1. Vorsitzende Bolte.

Achtung! Achtung!

Am Freitag, den 3. 6. 1921, abends 8,30 Uhr, findet im Lokale des Herrn Rieder nochmals eine

Versammlung

statt, wozu alle, die von d. Fleischvergiftung damals heimgesucht worden sind, freundlichst eingeladen werden. p2623

Um zahlreiches u. pünktliches Erscheinen bitten

Die Einberufer.

Sämtl. Schreibutensilien

Schreib- und Kopiertinte

Stempelfarbe

Tusche

in allen Farben.

Stempelkissen

vorrätig in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung,
Weststrasse 10.